

1.8.2017 - [Redaktionsmeldungen](#)

Familienrechtliche Presseschau Juli 2017

Die FamRZ verfolgt für Sie die Berichterstattung in den Medien zu aktuellen familienrechtlichen Themen. Einmal monatlich veröffentlichen wir auf famrz.de einen Überblick über die interessantesten Artikel – zum Weiterlesen, Diskutieren oder Wundern.

[27 wirklich gute Gründe gegen die Ehe für alle](#)

Krautreporter | Vera Fröhlich

Eines der familienrechtlichen Hauptthemen des letzten Monats war das ["Ja" zur Ehe für alle](#). Die Krautreporter berichten dazu mit einem großen Augenzwinkern über die guten Argumente gegen die Ehe für alle. Sie haben sogar 27 gefunden. Einer davon sei sehr persönlich – und nur der ernst gemeint.

-

[Zuordnung statt Abstammung](#)

Deutschlandfunk | Wolfgang Schwackenberg im Gespräch mit Dieter Kassel

Eine [Expertenkommission forderte kürzlich eine grundlegende Reformation des Abstammungsrechts](#) vom Bundesjustizministerium: Es müsse der Wirklichkeit angepasst werden. Geht es nach Wolfgang Schwackenberg, Fachanwalt für Familienrecht, so solle man sich von dem wenig passenden Begriff "Abstammung" endlich verabschieden.

[Mutter, Mutter, Kind](#)

Süddeutsche Zeitung | Wolfgang Janisch

Auch die Süddeutsche Zeitung berichtet über den Expertenbericht zur möglichen Modernisierung des Abstammungsrechts. Die biologische Abstammung bleibe ein zentraler Anker im Hafen der Familie, so Wolfgang Janisch; aber wo Elternverantwortung auch ohne Gene faktisch bestehe, solle diese gestärkt werden. Warum die brisanten Themen wie Leihmutterschaft und Eizellenspende im Bericht ausgespart bleiben, stößt bei ihm auf Unverständnis.

[Ist es legal, WhatsApp in Deutschland zu benutzen?](#)

Die Zeit | Torsten Kleinz

Ein Familiengericht verurteilte kürzlich eine Mutter dazu, die WhatsApp-Nutzung ihres Sohnes aus Datenschutzgründen zu unterbinden. Wegen der ungeklärten Datenweitergabe durch WhatsApp an das Mutterunternehmen Facebook sei die Nutzung ohne eine Einverständniserklärung aller WhatsApp-Kontakte rechtswidrig und das Kind daher der Gefahr von Abmahnungen ausgesetzt. Tatsächlich sei die Rechtslage unklar und die Experten seien verwundert, so die Zeit.

[Willst Du mit mir pazen?](#)

Süddeutsche Zeitung | Violetta Simon

Alle sprechen über die Ehe für alle. Doch was ist mit denen, die sich umeinander kümmern, aber nicht heiraten wollen - oder können? Die Süddeutsche Zeitung berichtet über eine Idee der Grünen zu einem Pakt, der das Zusammenleben von Paaren, Alleinerziehenden und Senioren rechtlich absichern soll.

[„Machtkampf um Kinder bringt nichts“](#)

Sächsische Zeitung | Birgit Ulbrich im Gespräch mit Carola Wilcke

Die Expertin Carola Wilcke vom Verein Mütterlobby erklärt in der Sächsischen Zeitung, warum Verfahren manchmal nichts mehr mit Kindeswohl zu tun haben. Gerade in hochstrittigen Fällen solle das Kind immer bei demjenigen bleiben, zu dem es eine sichere Bindung hat. Wenn Erwachsene zurückstecken würden, könne man dem sprunghaften Anstieg an Inobhutnahmen durch das Jugendamt entgegenwirken.

[Mama lesbisch, Papa schwul](#)

Volksstimme | Elisa Sowieja

Von einem ganz anderen neuen Familienmodell berichtet die "Volksstimme": Mutter und Vater können auch nur Freunde sein. Zur Anbahnung dieser "besonderen" Freundschaften gibt es inzwischen auch Online-Portale. Die Suche funktioniert dort wie ein Schwarzes Brett: man legt ein Profil an und wartet ab. Oft sind es homosexuelle Paare oder Hetero-Singles mit Mitte/Ende 30, die noch nicht den richtigen Partner fürs Kinderkriegen gefunden haben, die dort ihr Glück versuchen.

[Ehe für alle? Ehe für keinen!](#)

Neue Zürcher Zeitung | René Scheu

Nach dem Bericht der Neuen Zürcher Zeitung erhalten Homosexuelle mit der Ehe für alle weniger eine rechtliche als vielmehr eine Prestigeprämie, also Privilegien für alle. Doch kann es Vorrechte für alle geben? Die Ehe stecke in ihrer größten Krise seit ihrem Bestehen und schon längst sei die Ehe nichts

anderes als ein Vertrag auf Zeit, so René Scheu. Nicht die Ehe für alle sei progressiv, sondern wohl eher die Ehe für niemanden, also ihre Abschaffung.